



Protokoll Nr. 26

Sitzung von Donnerstag, 10. Juni 1999, 14.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsident Rolf Häberli

1. Vizepräsident René Zimmermann

Anwesend:

Raymond Anliker

Thomas Balmer

Oskar Balsiger

Margrith Beyeler

Peter Blaser

Markus Blatter

Konrad Bossart

Peter Bühler

Michael Burri

Walter Christen

Marie-Louise Durrer

Marcel Eyer

Marcel Fankhauser

Thomas Fuchs

Verena Furrer-Lehmann

Hans Ulrich Gränicher

Adrian Haas

Ueli Haudenschild

Ruedi Hofer

Stephan Hügli

Urs Jaberg

Michael Jordi

Heinz Junker

Regula Keller

Blaise Kropf

Andreas Krummen

Annemarie Lehmann

Leslie Lehmann

Peter Linder

Liselotte Lüscher

Edith Madl Kubik

Irène Marti Anliker

Mario Marti

Kurt Mäusli

Elsi Meyer

Barbara Mühlheim

Christoph Müller

Edith Olibet

Rosmarie Okle Zimmermann

Hans Peter Riesen

Heinz Rub

Ursula Rudin-Vonwil

Erich Ryter

Annemarie Sancar

Doris Schneider

Beat Schori

Rudolph Schweizer

Peter Sigerist

Franco Sommaruga

Sylvia Spring Hunziker

Ernst Stauffer

Michael Straub

Ueli Stückelberger

Béatrice Stucki

Margrit Stucki-Mäder

Peter Stucki

Hans-Ulrich Suter

Katharina Suter

Luzius Theiler

Catherine Weber

Kurt W. Weyermann

Hansjörg Wittwen

Andreas Zysset

Entschuldigt:

Ernst Aebersold

Sven Baumann

Arnold Bertschy

Annette Brunner

Jean-Daniel Flückiger

Alfred Jordi

Esther Kälin Plézer

Edith Lörtscher

Anton Maillard

Bernhard Pulver

Ruth Rauch

Kurt Rüeggsegger

Christoph Stalder

Margrit Thomet

Eva von Ballmoos

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner

Ursula Begert

Adrian Guggisberg

Therese Frösch

Alfred Neukomm

Claudia Omar

Kurt Wasserfallen

Traktandum

Verwaltungsbericht für das Jahr 1998

Mitteilung des Ratspräsidenten

Als neues Mitglied begrüsst der *Vorsitzende* Catherine Weber (GB) als Nachfolgerin von Ursula Hirt. Er wünscht ihr viel Erfolg und gutes Gelingen.

Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 18 und 19 vom 29. April 1999 werden mit einer Korrektur im Protokoll Nr. 19. S.461: Der zweite Satz im Votum Andreas Krummen sollte lauten: „Kinder sollen von *der Schule* Spitalacker ins Breitenrainschulhaus ausgelagert werden“ mit bestem Dank an die Verfasserinnen genehmigt.

Ordentliches Traktandum

Verwaltungsbericht für das Jahr 1998

Sitzungskonzept

1. **Eintretensdebatte** als allgemeine Diskussion zum gesamten Verwaltungsbericht (Gesamtwürdigung, keine Detailfragen):
 - Kurzreferate der GPK-Sprecherinnen und GPK-Sprecher zu den Direktionen
 - Fraktionserklärungen zum Gesamtbericht
 - Einzelvoten Stadtrat
 - Erste Stellungnahmen des Stadtpräsidenten und der Mitglieder des Gemeinderats
2. **Detailberatung** der einzelnen Direktionsberichte:

Die Detailberatung beschränkt sich auf die vorgängig schriftlich eingereichten Fragen.

 - GPK (Detailergänzungen, soweit nötig)
 - Einzelvoten Stadtrat
 - Kurze Antworten des Gemeinderats auf die gestellten Fragen
 - Reihenfolge der Direktionen:
 1. Präsidialdirektion
 2. Schuldirektion
 3. Planungs- und Baudirektion
 4. Finanzdirektion
 5. Direktion der Stadtbetriebe
 6. Fürsorge- und Gesundheitsdirektion
 7. Polizeidirektion
3. **Rückkommensanträge** (inkl. Antworten des Gemeinderats)
4. **Schlussabstimmung**

Maximale Redezeiten Eintretensdebatte

GPK-Präsident:	14 Minuten
GPK-Sprecherinnen und –Sprecher:	8 Minuten
Fraktionserklärungen:	7 Minuten
Einzelrednerinnen und –redner:	3 Minuten
Gemeinderat (gesamthaft):	20 Minuten

Detailberatung

GPK-Mitglieder und Einzelrednerinnen / Einzelredner:	3 Minuten
Mitglieder des Gemeinderats:	kurze Beantwortung der Fragen

Die letzten 30 Sekunden der zur Verfügung stehenden Redezeit werden durch die blinkende rote Lampe beim Rednerpult angezeigt.

Eintretensdebatte

Für die Geschäftsprüfungskommission spricht deren Präsident *Konrad Bossart* (CVP). Die Behandlung des Verwaltungsberichts ist kein grosser Motivationsfaktor, denn es geht dabei um die Vergangenheit. Heute wird die GPK deshalb wie letztes Jahr angekündigt, vor allem über die Besuche der Delegationen in den einzelnen Direktionen berichten und nur über das Allerwichtigste aus dem Verwaltungsbericht. Zu Beginn seiner Ausführungen äussert sich

der GPK-Präsident zur Arbeit der Kommission: Das Jahr 1998 war für die GPK-Mitglieder wieder sehr arbeits- und zeitintensiv. Uns hat beschäftigt:

- die gemeinderätlichen Geschäfte mit Antragstellung an den Stadtrat
- die NSB-Rechnung und das NSB-Budget
- die Verwaltungsbesuche
- die Betreuung des Ombudsmanns
- die Delegationsbesuche bei den Direktionen zu politischen Schwerpunktthemen oder zu verwaltungsinternen Problemen
- die Untersuchung der gemeinderätlichen Drogenpolitik der letzten Jahre – dies als Bestandteil der sogenannten Verwaltungskontrolle.

Leider müssen wir tatsächlich von einer sogenannten Kontrolle sprechen, denn eine umfassende ist der GPK unmöglich. Die Ressourcen sind zu knapp – grundsätzlich wahrscheinlich für alle Kommissionen -, und zwar sowohl fachlich, zeitlich, aber auch finanziell. Die Geschäftsüberprüfung beruht deshalb vor allem auf einem Faktor: auf dem Vertrauen in die Verwaltung und in den Gemeinderat zu den gelieferten Informationen, Abklärungen, Berechnungen, Stellungnahmen usw. Das Vertrauen ist somit ein absolut entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Wenn dieser Faktor bröckelt, wenn die GPK nicht mehr sicher ist, ob dem Gesagten geglaubt werden kann oder nicht, muss sie handeln. Dann besteht für die GPK Grund, ihre Verantwortung als Oberaufsicht der Verwaltung wahrzunehmen und ausserordentliche Schritte einzuleiten. Das tut sie selten.

Nachfolgend zwei konkrete Beispiele, bei denen das Vertrauen gestört war:

1997 hat die GPK die Drogenpolitik in der Stadt Bern massiv beeinflusst, weil sie den Massnahmen des Gemeinderats nicht mehr vertraut hat. Letztes Jahr hat sie eine Untersuchung ausgelöst, damit Licht in die unklare Situation bezüglich gemeinderätliche Zusammenarbeit in der Drogenpolitik komme. Hauptziel war letztlich, dass sich der Gesamtgemeinderat tatsächlich wieder gemeinsam um die Drogenpolitik kümmere und die Drogenprobleme gemeinsam löse.

Ein aktuelles Problem ist die Liegenschaftsverwaltung, wo die GPK nach Jahren des Diskutierens nun eingreift. Trotzdem GPK und Stadtrat Massnahmen zur Verbesserung unterstützt haben – wie z.B. die Einführung einer EDV-Lösung -, sind die Probleme nicht kleiner, sondern noch grösser geworden. Beispiele: Zur Rechnung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik wurden Vorbehalte angebracht; Verspätungen bei Abrechnungen an Mieterinnen und Mieter „wegen eines nicht ausgereiften EDV-Systems“. Das hat die GPK dazu veranlasst – da das Vertrauen in interne Massnahmen nicht mehr genügend vorhanden ist -, der Finanzdirektorin den Einsatz einer externen Kapazität in der Liegenschaftsverwaltung zu empfehlen, damit die Probleme nun tatsächlich gelöst werden können. Das ist die Verantwortung, welche die GPK wahrnehmen kann.

Den Verwaltungsbericht 1998 hat die GPK geprüft und beantragt dem Stadtrat Eintreten. Die Verwaltungsbesuche sind verlaufen wie letztes Jahr: Persönliches Gespräch mit dem jeweiligen Gemeinderat oder der Gemeinderätin und anschliessend Diskussion im Beisein der Chefbeamtinnen und Chefbeamten. Offene Gespräche waren die Regel. Es hat sich gezeigt, dass die GPK-Delegationen bereits ein spezifisches Know-how und teilweise gute Beziehungen zu Verwaltungsbeamtinnen und –beamten aufgebaut haben. Wir haben 1998 bis auf die Schuldirektion in allen Direktionen zwei Besuche durchgeführt. Diese Besuche sind für die GPK sehr positiv, kann hier doch der Puls in der Verwaltung direkt gefühlt werden. Bereits mehrere Male sind so neue Vorstellungen und Ideen in die GPK getragen worden, welche die Diskussionen zu einzelnen Themen positiv befruchtet haben.

Zur Präsidialdirektion: Beim Besuch bei der Präsidialdirektion wurden Fragen zu verschiedenen Themen gestellt und beantwortet, es sind jedoch keine neuen Erkenntnisse aufgetaucht. Delegationsbesuche sind zwei durchgeführt worden, einer beim Wirtschaftsamt und einer beim Stadtpräsidenten. Schwerpunktthemen beim Besuch im Wirtschaftsamt waren die Wirtschaftsentwicklung und die Wirtschaftsförderung sowie der Bereich Weiterbildung und Beschäftigung (BWB). Im Bereich Wirtschaft stand 1998 vor allem die Umsetzung des Wirtschaftskonzepts im Vordergrund. Grosses Gewicht ist der Standortpromotion und der Anlaufstelle (Informationsstelle) für die Wirtschaft beigemessen worden. Wir haben zu spüren bekommen, dass tatsächlich schwierige Zeiten herrschen. Überall fehlen die Mittel für ein

produktives Vorgehen. Die knappen Gelder müssen sehr gezielt eingesetzt werden. Deshalb wird eine enge Zusammenarbeit mit der Anlaufstelle des Kantons mit gemeinsamen Zielsetzungen angestrebt:

- ◆ Unterstützung/Begleitung von Unternehmen
- ◆ Vermittlung von Arbeitsraum (Die Nachfrage nach Arbeitsraum ist steigend, Mietlösungen stehen im Vordergrund.)
- ◆ Schaffen eines marktkonformen Arbeitsraumangebots
- ◆ Funktion als Ombudsstelle für die Wirtschaft
- ◆ Kontaktvermittlungen
- ◆ Kompetenzstelle gegenüber Behörden und Verwaltung.

Der Bereich Weiterbildung und Beschäftigung, der dem Wirtschaftsamt unterstellt ist, versucht in erster Linie, die Vermittlungsfähigkeit von Erwerbslosen zu steigern und auch ihre Befindlichkeit zu stabilisieren. Dafür gibt es drei Schwerpunkte:

- Die Arbeit (Vermittlung einer Tagesstruktur)
- die Weiterbildung (Erwerben von Schlüsselqualifikationen)
- die Beratung (die Erwerbslosen zu befähigen, sich auf dem Arbeitsmarkt selber zielorientiert bewegen und selber eine Stelle suchen zu können).

Das BWB arbeitet selbsttragend, wird vom Bund via Kanton subventioniert, d.h. das BWB erhält vom KIGA Vorgaben auch im Hinblick auf die Anzahl der Beschäftigungsplätze. Der Besuch beim Wirtschaftsamt war sehr interessant und hat der Delegation einen guten Einblick vermittelt. Es zeigte sich jedoch schnell, dass das Wirtschaftsamt allein keine Wunder vollbringen und neue Unternehmen und damit neue Arbeitsplätze in die Stadt bringen kann. Es müssen auch die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Hemmende Vorschriften und Verbote kann auch das Wirtschaftsamt nicht einfach wegzaubern. Akzeptable Voraussetzungen für die Wirtschaft müssen wir schaffen.

Abschliessend – und das ist für mich sehr wichtig – möchte ich mich im Namen der GPK beim Gemeinderat und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bestens für ihre Arbeit und ihren Einsatz bedanken.

Zur *Schuldirektion* referiert *Liselotte Lüscher* (SP). Im Februar 1998 hat die GPK-Delegation mit der Schuldirektion über das Thema Suchtprävention diskutiert. - Leider war es der Delegation massiver Arbeitsüberlastung wegen nicht möglich, im Herbst einen zweiten Besuch durchzuführen. - Die Schuldirektorin und die Leiterin des Gesundheitsdienstes haben ausführlich darüber informiert, was im Bereich Suchtprävention getan wird. Zwei Berichte zu Drogenpräventionsmassnahmen von 1992 – 1996 und von 1997 sind dem Stadtrat im September verschickt worden. Es wurde einmal mehr darauf hingewiesen, dass kein buchhalterischer Vergleich zwischen Kosten für Prävention und Einsparungen von Folgekosten für Sucht möglich ist. Dieses Problem kennt nicht nur die Stadt Bern. Das Hauptproblem bestehe darin, dass zuwenig Mittel vorhanden seien, die im Zusammenhang mit neuen Ideen eingesetzt werden können. Der Erwachsenenbereich und die Evaluation, die jedoch dringend nötig wären, würden vernachlässigt. Im Verlaufe des Gesprächs wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass der Gesundheitsdienst unbedingt mehr Kapazität bzw. mehr Stellenprozentage benötigte. Die GPK nahm von diesen Tatsachen Kenntnis, beschloss keine Massnahmen, hat den Problembereich jedoch aufgegriffen.

Zum Verwaltungsbericht fand auf der Schuldirektion zu Beginn eine ziemlich pädagogisch- und bildungspolitisch-lastige Diskussion statt. Die Schuldirektorin und ihre Chefbeamten und Chefbeamtinnen erteilten in diesen Bereichen sehr kompetente Auskunft. Diskussionspunkte waren z.B. die Belastung der Schulen durch den Spardruck – vor allem seitens des Kantons - und die dadurch verursachten negativen Auswirkungen auf die Lehrkräfte und ihre Probleme mit den vielen Neuerungen: neuer Lehrplan, neue Beurteilung, neue Modelle. Diskutiert wurde auch über die Förderungsmöglichkeiten fremdsprachiger Kinder, über Versuche in drei städtischen Schulen mit Globalbudgets, die mangelnden Lehrstellen und als Folge die schlechtere Befindlichkeit von Schülerinnen und Schülern in den Abschlussklassen sowie zum Problem, dass immer noch nicht mehr Frauen in traditionelle Männerberufe einsteigen. Die Statistik zur Durchlässigkeit zwischen Primar- und Sekundarzügen oder in den integrierten Modellen zwischen den Niveaus, welche die Referentin bereits letztes Jahr verlangte, wurde in Auftrag gegeben. Endlich konnten die Verhandlungen zur Übernahme der Gebäude

Gymnasium Neufeld und Kirchenfeld sowie die Höhere Mittelschule Marzili abgeschlossen werden. Der Kanton hat nachgegeben und bezahlt etwas. Auch die Stadt musste jedoch zurückbuchstabieren. Man hat sich gut schweizerisch in der Mitte getroffen. Die entsprechende Vorlage wird dem Stadtrat Ende 1999 unterbreitet. Die Verhandlungen zur Übernahme der Berufsschulen haben noch nicht begonnen. Schade bezüglich Berufsschulen ist, dass im städtischen Schulreglement zwar steht, diese Stufen sollten bis August 1999 die Schüler- und Schülerinnenmitsprache einführen, in dieser Sache jedoch nichts geht. Weil diese Schulen sich in hängenden Rechten fühlen, finden sie wahrscheinlich, das städtische Schulreglement gehe sie nichts mehr an. Einzig das Seminar Marzili tut etwas bezüglich Schülermitsprache. Wir haben auch festgestellt, dass die Berufsberatung – ebenfalls eine Kantonalisierungskandidatin – total überlastet ist und trotz enormer Mehrarbeit seit zwanzig Jahren mit gleichviel Stellenprozenten auskommen muss. Bei Übergaben an den Kanton wäre es angezeigt, Übergangsregelungen zu schaffen. Diskutiert wurde auch über die Förderung der musischen Fähigkeiten durch Projekte wie „Mus-E“ und Kulturvermittlung/Kulturpädagogik in Kindergärten und Schulen, über den Vandalismus usw. – Im letzten Jahr hat uns die Schuldirektion in eine Tagesschule zum Essen eingeladen. Dieses Jahr assen wir im „Kultina“ am Eigerplatz, einem Tast-Projekt für Asylsuchende, die in diesem Restaurant für das Gastgewerbe ausgebildet werden, ausgezeichnet und unschweizerisch. Träger dieses Beschäftigungsprogramms sind Bund, Kanton und Stadt. Die GPK dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schuldirektion für ihre Arbeit, die zum Teil unter einem nicht besonders angenehmen politischen Druck steht und den an der Sitzung anwesenden Mitarbeitenden danken wir für ihre offene Information und die interessante Diskussion. Die GPK bittet den Stadtrat, den Verwaltungsbericht 1998 der Schuldirektion zu genehmigen.

Zur *Planungs- und Baudirektion* spricht *Béatrice Stucki* (SP). Trotz finanzschwacher Zeiten konnten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PBD auch im Berichtsjahr nicht über Arbeitsmangel beklagen. So hat z.B. das Stadtplanungsamt 23 grosse und 14 kleine Vorlagen in den unterschiedlichsten Planungsstadien bearbeitet und das Hochbauamt die Summe von 78 576 900 Franken zulasten der Vermögensrechnung verbaut. Damit leistet die Stadt Bern einen grossen Beitrag an die Arbeitsauslastung auch vieler im Baufach tätigen Betriebe in der Stadt und ihrer Umgebung. Auch alle andern Teilbereiche der PBD, die Stadtgärtnerei, das Tiefbauamt, das Vermessungsamt und der Tierpark leisten mit ihrer Tätigkeit einen Beitrag zu einem attraktiven Stadtbild. Die GPK-Delegation hat die PBD im Berichtsjahr zwei Mal besucht. Im Juli 1998 liessen wir uns über das Reorganisationsprojekt der Zentralen Dienste informieren. Diese Reorganisation wurde durch eine Veränderung der Aufgaben im Direktionssekretariat, nicht zuletzt auch durch die Einführung der Kostenrechnung und eines verstärkten Controllings ausgelöst. Zusammen mit dem AOB der Stadt Bern sind verschiedene Neuorganisationsformen geprüft und beschlossen worden. Die Zentralen Dienste wurden in die Abteilungen Direktions-Personaldienst und Direktions-Finanzdienst aufgeteilt. Beide Leiter dieser Dienste begrüssen die neue Struktur, die dazu beitrug, Aufgabenteilungen und Verantwortungen zu definieren und klar zuzuordnen. Dank diesem neuen Aufbau kann sich der Direktionssekretär vermehrt auf strategische Fragen konzentrieren. Alle betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in diesen Reorganisationsprozess miteinbezogen worden. Im Oktober beschäftigte sich die GPK-Delegation mit dem Hochbauamt. Bekanntlich hat die GPK vor einem Jahr aufgrund des Verwaltungsberichts festgestellt, dass eine Überprüfung der Arbeitssituation im Hochbauamt dringend notwendig sei. Der Planungs- und Baudirektor hat darauf bereits erste Schritte zur Erhebung der höchstbelasteten Arbeitssituation ausgelöst. Nach den Sommerferien ist eine umfassende Planung für eine Reorganisation in Angriff genommen worden. Dazu sind Arbeits-, Aufgaben- und Personalentwicklung anhand der Jahre 1992 – 1997 analysiert worden. In dieser Zeitspanne hat die Umsatzsteigerung um 40% zugenommen – bei einem Stellenabbau von ca. 250%. Die Submissions- und Vergabep Praxis sind komplexer geworden, und es mussten neue Aufgaben übernommen werden, z.B. der Unterhalt der Fondsliegenschaften oder die Einführung der Kostenrechnung. Dass das Arbeitsklima unter solchen Arbeitssituationen leidet, steht ausser Frage. Um dem entgegenzuwirken wurde im letzten Jahr das Personalforum gegründet. Durch die Intervention der GPK konnten als Sofortmassnahme zur Entlastung eine 100% Projektleitungsstelle (befristet auf 2 Jahre) und eine 50%-Stelle im Sekretariatsbereich ge-

schaffen werden. Diese Aufstockung wurde durch Stellenverschiebungen aus andern Bereichen möglich. Die Planung für die Reorganisation des Hochbauamts ist immer noch voll im Gang, verschiedene Szenarien für eine zukünftige Organisationsstruktur sind in Diskussion. Die GPK hat sich im August/September über den Stand und die Ergebnisse der Reorganisation informieren lassen. Auch 1999 fand bereits ein Delegationsbesuch statt. Es wurden dabei Pendenzen aus dem Vorjahr besprochen, die erledigt werden konnten, z.B. wurde die Integration des Werkhofs II in das Strasseninspektorat auf 1. Januar 1999 vollzogen. Dank umsichtigem Umgang mit den Mitarbeitenden wird die Neuorganisation von diesen heute zum grossen Teil gut akzeptiert. Um die Beratungsstelle für Hof- und Aussensanierungen wurde es in letzter Zeit ruhiger. Diese Dienstleistung wird von der Stadt Bern aber immer noch angeboten. Die GPK hat sich auch für die Bau-Stelle, die im letzten Jahr eingerichtet worden ist, interessiert. Diese Informationsstelle kann umfassend Auskunft erteilen zu Fragen rund um das Bauen, über aktuelle Baustellen, notwendiges Material und Informationsbroschüren abgeben, und zwar direktionsübergreifend. Die Stelle befindet sich noch in der Aufbauphase und wird laufend den neuen Bedürfnissen angepasst. - Es wurden auch Fragen zur Sanierung des Kornhauskellers gestellt. Die Sanierungsarbeiten des Hochbauamts sind abgeschlossen, die Räume wurden der Liegenschaftsverwaltung übergeben. Die Fertigstellungsarbeiten des zukünftigen Nutzers betreffen den Innenausbau. Der Kornhauskeller sollte im September 1999 eröffnet werden können. Die Sanierungsarbeiten der Stadt wurden im Rahmen des Kostenvoranschlags abgeschlossen. Die GPK-Delegation konnte sich bei der Besichtigung des Kornhauskellers von der feinfühligsten Art und Weise, wie mit der alten Baustruktur umgegangen worden ist, überzeugen. - Diese Besuche sind sowohl für die GPK wie für die Mitarbeitenden der Direktionen interessant und klärend. Sie dienen nicht nur dem Informationsfluss, sondern bieten auch auf informeller Ebene die Möglichkeit, die Bedürfnisse der andern Seite zu erfassen und so in Zukunft bei der jeweiligen Arbeit besser berücksichtigen zu können. - Der Verwaltungsberichtsbesuch fand am 7. Mai in guter Atmosphäre statt. Die Referentin ist erstaunt, dass noch so viele schriftliche Fragen zum Verwaltungsbericht eingereicht worden sind, denn viele hätten in den Fraktionen anhand der GPK-Protokolle bereits geklärt werden können. Die Kostenrechnung in der Planungs- und Baudirektion beeinflusste die Arbeit im Berichtsjahr sehr und hat viel Energie absorbiert. Sie konnte im Januar 1999 in allen Bereichen eingeführt werden. Beim Tiefbauamt muss festgestellt werden, dass auch hier die gestiegene Belastung in den Tagesgeschäften ein Defizit zulasten einer langfristigen Stadtplanung zur Folge hat.

Die GPK dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Planungs- und Baudirektion und ihrem Direktor für ihre Arbeit, die der finanziell engen Zeiten wegen nicht einfacher geworden ist und von allen viel Geduld und Flexibilität erfordert. Ein spezieller Dank geht an Stadtbaumeister Ueli Laedrach, der das Hochbauamt Ende 1999 verlässt. Für sein langjähriges, grosses Engagement dankt ihm die GPK. Sie wünscht ihm für seine zukünftige Tätigkeit alles Gute. - Die GPK bittet den Rat, den Verwaltungsbericht der PBD zu genehmigen.

Zur *Finanzdirektion* spricht *Heinz Rub* (FDP). Im Berichtsjahr 1998 besuchte die GPK-Delegation die Finanzdirektion drei Mal, Haupttraktandum war jedes Mal die Liegenschaftsverwaltung. Beim GPK-Verwaltungsbesuch sind verschiedene Fragen gestellt und beantwortet worden. Für den Anzeiger soll eine neue Trägerschaft gebildet werden, d.h. die Stadt und die Landgemeinden wollen sich zusammenschliessen. Die Ausschreibung sollte Ende 1999 erfolgen. Der neue Anzeiger soll ab 2001 herausgegeben werden. - Mit Freude nahmen wir zur Kenntnis, dass pro Lehrjahr bei der Finanzdirektion zwei neue KV-Lehrstellen angeboten werden. - In bezug auf den Masterplan Bahnhof Bern haben wir vernommen, dass die Verhandlungen mit den SBB in Sachen Westplattform sehr harzig sind, neuerdings seien jedoch Annäherungen feststellbar. Wichtig ist, dass für die Stadt im Moment diesbezüglich keine Kosten anfallen. - Betreffend US-Leasinggeschäft wurde uns mitgeteilt, dass dies kein Thema mehr sei. Dazu wird im Rahmen der Beantwortung der Interpellation Ernst Stauffer noch etwas zu vernehmen sein. Grundsätzlich besteht die Meinung, dass es schade sei, dass dieses Geschäft nicht verwirklicht werden konnte. Vielleicht hätte weniger geredet aber mehr gehandelt werden sollen. - Erfreut konnten wir feststellen, dass das Cash-Management sehr gut ist. Der Zinsertrag konnte markant gesteigert werden, die Schuldenbewirtschaftung mit 4,4 Mio liegt unter den Budgetzahlen. Bei den Mitarbeitenden herrsche eine erfreulich

gute Motivation. Eine wichtige Feststellung ist, dass die Stadt Bern jährliche Schuldzinsen in der Höhe von 88 Mio Franken bezahlen muss, was einer Viertelmillion pro Tag entspricht. - In Sachen EDV-2000-Tauglichkeit sind zum Teil neue Programme angeschafft worden. Die Lösung scheint uns gut. Man habe dieses Problem im Griff. - Bei den Statistikdiensten haben wir uns zu den Einwohnerproblemen erkundigt. Eine seriöse, eingehende Abklärung der Abwanderung kostete sehr viel und wäre sehr arbeitsintensiv. - Ein interessantes Thema war das Versicherungswesen. Wie im Verwaltungsbericht ausgeführt, konnten dank einer guten Bewirtschaftung der Versicherungen Einsparungen von 1,1 Mio Franken realisiert werden. Es ist eine externe Beratung, die 50'000 Franken gekostet hat, beigezogen worden, und es konnten 1,1 Mio Franken eingespart werden. Dies zeigt, dass externe Beratungen äusserst sinnvoll sein können. Vom Verantwortlichen des Versicherungswesens haben wir im Zusammenhang mit den Hochwasserschäden vernommen, dass die Stadt Bern sehr gut versichert ist. Es werden keine ausserordentlichen Kosten auf uns zukommen. Nicht versichert sind Strassen, Brücken und Leitungen, weil die Prämien viel zu hoch wären. - Wir konnten feststellen, dass die Steuerverwaltung gut funktioniert. Bürger- und Bürgerinnenumfragen sind mehrheitlich positiv ausgefallen. Sorgen macht der Steuerverwaltung jedoch das Verhalten der Steuerpflichtigen. Dass sich Steuerpflichtige oft aggressiv und verständnislos an die Steuerverwaltung wenden und oft sogar drohen, stimmt nachdenklich. Erfreulich ist, dass die Überprüfung der Wochenaufenthalter doch einige neue Steuerzahler brachte und noch bringen wird. - Die GPK musste von einer erschreckenden Anzahl Überstunden Kenntnis nehmen. Leider ist diese Tatsache vom Personalamt wenig beeinflussbar. Eine bessere Bewirtschaftung aller Arbeitszeiten in den diversen Direktionen ist dringend nötig. Aufgefallen ist, dass Überstunden und Ferienguthaben per Ende Jahr nicht transitorisch erfasst worden sind und die Abgeltungen erst im nächsten Jahr erfolgen, wodurch die Rechnung nicht hundertprozentig transparent ist.

Im Berichtsjahr hat sich bei der Liegenschaftsverwaltung leider nichts verbessert, im Gegenteil, die Situation hat sich noch verschlimmert. Wenn erstmals in der Geschichte des neuen Bern eine Rechnung wegen unzulänglicher Geschäfts- und Rechnungsführung und erheblicher Fehler zurückgewiesen werden muss, ist dies mehr als alarmierend. Von der Liegenschaftsverwaltung und der Finanzdirektorin hören wir billige Ausreden zuhauf: Altlasten, EDV- und Personalprobleme. Nach mehr als sechs Jahren Finanzdirektion unter der neuen Leitung dürfen Altlasten nicht mehr existieren. Wenn sie immer noch existieren, heisst dies, dass in der Verwaltung Fehler gemacht werden. Zudem liegt kein Konzept zur Aufarbeitung vor. Wenn die Finanzdirektorin heute, sechseinhalb Jahre nach ihrer Amtsübernahme, immer noch von Altlasten spricht, beschuldigt sie sich selber der Inkompetenz. Bei der EDV-Beschaffung ist das Parlament falsch orientiert worden. Es ist gesagt worden, es werde modernste, beste, erprobte Software angeschafft. Nichts ist wahr, das System funktioniert heute nach wie vor nicht. Falsche Beratung, Überforderung und Inkompetenz sind auch hier nicht von der Hand zu weisen. Von den 42 Angestellten der Liegenschaftsverwaltung haben von 1995 – 1998 deren 30 gewechselt, d.h. 71%. Gewisse Wechsel sind bestimmt nötig, die Fehler sind jedoch nicht nur bei den Mitarbeitenden zu suchen, sondern auch bei der obersten Führung. Nun soll eine Task Force eingesetzt werden. So geht es nicht. Nötig ist eine Working und Acting Force, Troubleshooter, verwaltungsunabhängige Personen, welche die Liegenschaftsverwaltung führen. Die Oberaufsicht der GPK verpflichtet. Im Moment können wir nur mit Ratschlägen und Erwartungen an die Finanzdirektorin gelangen. – Erfreulich ist, dass das Regbut Neuenstadt gut abgeschlossen hat. Es werden biologische Grundsätze angewendet und in vierter Generation wird das Regbut von Jean-Pierre Louis verwaltet. – Sinn, Zweck und Aufgaben des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik müssen überdacht werden. – Von der GPK noch zu prüfen sein werden der Mietvertrag für den Kornhauskeller, die Wohnbauförderung und die Verträge für die Christoffel- und Neuengassunterführungen.

Trotz allem dankt der Referent allen Mitarbeitenden der Finanzdirektion für ihre gute Arbeit. Der Rat möge den Verwaltungsbericht der Finanzdirektion genehmigen.

Rudolph Schweizer (SVP) zur Direktion der Stadtbetriebe: Die GPK setzte die Schwerpunkte bei der DSB auf die Liberalisierung des Energiemarktes, den Neubau GWB und das Explosionsunglück am Nordring. Wir stellten fest, dass 1998 ein erfolgreiches Jahr für die Stadt-

betriebe hätte sein können, wenn sich am 5. November nicht das grosse Explosionsunglück am Nordring ereignet hätte, das fünf Tote und 20 Verletzte forderte. Beim SIB sind die Kosten durch die Reorganisations- und Rationalisierungsmassnahmen stark reduziert worden. Auch beim EWB und bei der GWB ist gespart worden.

Zur Liberalisierung des Energiemarktes: Es ist eine Tatsache, dass sich nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa einiges im Umbruch befindet. Niemand kann heute mit Sicherheit sagen, was richtig ist. Eines ist klar: Die Unternehmen müssen mehr Handlungsspielraum gewinnen, Strategien entwickeln und versuchen, Allianzen und Kooperationen zu bilden. Allein kann der Gewinn für die Zukunft nicht gesichert werden. Eine enge Zusammenarbeit mit andern Städten und kleineren und grösseren Unternehmen ist nötig. Die Werke der Stadt Bern befinden sich in einer recht guten Ausgangsposition, verfügen sie doch über eine hochwertige Netzinfrastruktur bis zu den Endkunden. Beim Gas werden die letzten alten Leitungen ersetzt. Beim Strom beneiden uns andere der eigenen Produktion und der günstigen Preise der Partnerwerke wegen. Im Gegensatz zu andern Unternehmen, die nicht amortisierbare Investitionen haben, haben die städtischen Werke eine gute Chance, sich bei einer richtig gewählten Strategie auf dem Markt behaupten zu können. Es gilt, sich auf den Wettbewerb und die marktwirtschaftliche Entwicklung einzustellen. Die Werke spüren den Druck der Grosskunden. Grosse Städte wie Zürich, Basel usw. sind nicht weiter als Bern. In Burgdorf jedoch wird demnächst an der Urne entschieden, ob die Industriellen Betriebe verkauft oder verselbständigt werden sollen. Gemeinderat Neukomm führte aus, dass die Stadt Bern durch einen Verkauf des EWB auf einen Schlag alle aufgelaufenen Schulden sanieren könnte. Gleichzeitig ginge jedoch die behördliche Einflussnahme auf die Energiepolitik verloren. Nach Abwägen aller Vor- und Nachteile sei der Gemeinderat zum Schluss gekommen, EWB und GWB nicht zu verkaufen und die beiden Werke in eine öffentlich-rechtliche Anstalt zu überführen. Damit würde der Weg jedoch nicht verbaut, später eine AG zu gründen. Die Vereinigung der beiden Werke zu einer einzigen selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt führt zu Synergie-Effekten. Mit offensiven Strategien sollen u.a. folgende Zielsetzungen erreicht werden: Erhalt der Ertragskraft der beiden Werke, Sicherung der Arbeitsplätze, Wahrnehmung der energiepolitischen Interessen der Stadt Bern und Aufrechterhalten der hohen Versorgungsqualität mit Strom, Gas und Wärme.

Neubau GWB: Gemeinderat Neukomm erinnerte daran, dass die GWB heute an verschiedenen Standorten unterbracht ist und seit der Einstellung der Gasproduktion immer wieder verlangt wurde, das Gaswerkareal freizumachen und andern Nutzungen zuzuführen. Es sind 40 Standorte geprüft worden, die sich aus irgend einem Grund als nicht geeignet erwiesen haben. Am 5. März 1998 hat der Stadtrat dem Kauf eines Grundstücks an der Könizstrasse zugestimmt und einen Projektierungskredit bewilligt. Am Projektwettbewerb beteiligten sich in der ersten Phase rund 130 Architektinnen und Architekten. Das erstprämierte Projekt wird den Benutzerbedürfnissen angepasst, und es wird eine Stadtratsvorlage mit Abstimmungsbotschaft erarbeitet. Der noch offenen Fragen in Sachen Marköffnung und Zusammenlegung/Verselbständigung der beiden Werke wegen ist zu überlegen, ob der GWB-Neubau anfangs 2000 zur Volksabstimmung gebracht werden soll. Vielleicht wäre es sinnvoller, das Volk im Frühling 2000 vorerst über die Überführung der beiden Werke in eine öffentlich-rechtliche Anstalt befinden zu lassen und das Projekt Neubau GWB erst Ende 2000 zur Abstimmung zu bringen. Der Gemeinderat wird sich in nächster Zeit nochmals mit dem Zeitplan befassen. Das Grundstück an der Könizstrasse lässt nach den heute gültigen Vorschriften eine grössere Nutzung als für die GWB nötig, zu. Es sind Erweiterungsmöglichkeiten vorhanden resp. eine Nutzung durch Dritte möglich. Die GWB hofft, die Neubaukosten von rund 25 Mio Franken selber aufbringen zu können und den Steuerzahler nicht direkt belasten zu müssen.

Zum Explosionsunglück am Nordring: Nachdem diese Explosion verschiedentlich Ängste ausgelöst hat, richtete die GWB eine Hotline ein. Ferner wurden vermehrte Kontrollen angeordnet und die Erstellung eines Risiko-Katasters eingeleitet. Gemeinderat Neukomm beabsichtigt, dem Stadtrat resp. dem Volk eine Art Rahmenkredit von 20 Mio Franken zu beantragen, um in den nächsten fünf Jahren sämtliche alten Graugussleitungen ersetzen zu können.

Die GPK dankt der Chefbeamtin und den Chefbeamten für die offene Information, die bereitwillig erteilten Auskünfte und die geleistete Arbeit. Gemeinderat Neukomm möge diesen

Dank an alle Mitarbeitenden seiner Direktion weitergeben. Die GPK empfiehlt dem Stadtrat, den Verwaltungsbericht Stadtbetriebe zu genehmigen.

Zur *Fürsorge- und Gesundheitsdirektion* spricht *Ursula Rudin-Vonwil* (GFL). Die GPK hat die FGD am 3. Mai besucht und Fragen zum Verwaltungsbericht stellen können. Es fand eine offene Diskussion statt. Im Verlaufe des Jahres hat die GPK-Delegation der FGD zwei Besuche abgestattet. Themen und Pendenzen konnten so während des Jahres diskutiert werden. Nachfolgend erläutert die Referentin kurz einige Themen:

Die Bodenbelastungen, die im Zusammenhang mit der Sanierung der Kornhausbrücke entstanden sind, gaben zu Befürchtungen Anlass. Für die GPK sind Information und Transparenz in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Das Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle hat die Arbeiten begleitet und dargelegt, wie das Verständnis für diese Problematik zuerst bei der Bauleitung und den Arbeitern geweckt hat werden müssen. Das Tiefbauamt als Bauherrschaft hat Arbeitsvorschriften und ein Qualitätsmanagement erlassen. Auf Empfehlung des AfUL hat das Tiefbauamt die Messreihe veröffentlicht. Für die Pfeilerreinigungen musste die Abwasserproblematik sehr ernst genommen werden. Dieser Vorgang wurde vom AfUL analytisch begleitet. Das Stadtlabor erfüllt eine wichtige Aufgabe für die Lebensqualität der Stadt Bern. Im Verlauf des Jahres haben unter der Brücke Abtragungen des Bodens vorgenommen werden müssen, da die Bleibelastung über dem Grenzwert lag. Auch bei der Sanierung der Neuengassunterführung sollte die Öffentlichkeit informiert werden.

Die GPK liess sich auch über die Zusammenarbeit FGD/PD in Sachen Task Force Drogenpolitik orientieren und hat erfahren, dass die Zusammenarbeit auf Ebene Front schon immer gut funktioniert hat. Dank Task Force konnte die Zusammenarbeit jedoch auch bei den übergeordneten Stellen stark verbessert werden. Eine solche Lösung hätte nach Meinung der GPK schon viel früher gesucht werden müssen. Die Belastung des Personals im Drogenbereich ist enorm gross und führt dazu, dass sich diese Mitarbeitenden nicht mehr gründlich genug mit NSB und Kostenrechnung befassen können. Sie können dafür bestensfalls teilweise von ihrer Arbeit freigestellt werden.

Ein wichtiges Anliegen der GPK ist immer noch die Freiwilligenarbeit. Im Zusammenhang mit den sozialplanerischen Leitlinien und den vom Gemeinderat abgesegneten Grundlagen kommt der Freiwilligenarbeit grosse Bedeutung zu. Seit einiger Zeit fordern GPK und Stadtrat via Vorstösse eine Anerkennung der Freiwilligenarbeit. Sie ist immer gefragter und die Bereitschaft dazu wird immer kleiner. Die Stadt arbeitet nun eng mit dem Kanton zusammen. Es soll gemeinsam ein Testatheft eingeführt werden. Dieses soll demnächst herausgegeben werden. Beim Verwaltungsbesuch wurde darauf hingewiesen, dass die Freiwilligenarbeit allzu optimistisch gesehen wird. Zur Erhaltung einer gewissen Motivation sollten den Freiwilligen auch Verantwortung und Kompetenz übertragen werden. Die FGD arbeitet daran, dass sich die Professionellen und die Freiwilligen gegenseitig akzeptieren. Die Kinderkrippe Falkennest, ein Projekt des gemeinnützigen Frauenvereins für Arbeitslose, hat finanzielle Probleme, und der dauernde Wechsel des Betreuungspersonals ist für die Kinder nicht von Vorteil. Diese Krippe konnte nun durch einen Fonds finanziell unterstützt werden, damit sie weiter funktionieren kann. Dies als Überbückung, bis diese Krippe im Jahr 2000 in das Budget der Stadt aufgenommen werden kann.

Die Strukturen des Spitalverbands geben immer wieder zu Diskussionen Anlass. Die 18 ungebundenen Mandate der Stadtvertreter/-vertreterinnen werden von der FGD als problematisch angesehen. Im Rahmen der GO-Revision lehnte der Stadtrat eine Weisungserteilung an die Abgeordneten klar ab. Der Sinn dieser Struktur wird der herrschenden Uneinigkeit wegen wahrscheinlich noch zu Diskussionen Anlass geben.

Das EDV-Grossprojekt bereitet auch der FGD einige Schwierigkeiten. Die Buchhaltung konnte zwar gestartet werden, und es sind damit gute Erfahrungen gemacht worden, jedoch auf einige Teilmodule muss noch gewartet werden. Zum Teil werden noch Erkenntnisse von Bundesseite abgewartet. Dieses EDV-Projekt wird mit Verspätung abgeschlossen werden.

Verhandlungen zwischen Spitex und Krankenkassenverband behindern das Abschliessen von Leistungsverträgen mit den stationären Alterseinrichtungen. - Die Arbeitslosigkeit hinterlässt Spuren. Das Gesicht der Armut hat sich wesentlich verjüngt. Ein Schwerpunkt der künftigen Sozialpolitik wird der Bereich Integration von Arbeitslosen sein. - Die Einführung

der SKOS-Richtlinien bereitete den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern anfangs Schwierigkeiten. Nach Änderungen im Intake-Verfahren, die zum Teil zu einer unterschiedlichen Unterstützungspraxis geführt haben, ist es heute akzeptiert und wird von den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern als Fortschritt bezeichnet. - Das Alters- und Versicherungsamt leidet unter Platzproblemen. Ein Kredit für den Ausbau des Dachstocks an der Schwanengasse ist aus Spargründen vom Gemeinderat aus der MIP gestrichen worden. Das Alters- und Versicherungsamt reagiert mit der Streichung von Ausbildungs- und Nischenplätzen. Die Raumverdichtung zeigt hier einen wichtigen Nebeneffekt auf, der die Bilanz der Raumverdichtung stark ins Negative zieht. Praktikumsplätze und Programmplätze für Stellensuchende fehlen. – Der Jahresbericht des Jugendamts erscheint im Jahresbericht des Pilotprojekts.

Auch Ursula Rudin-Vonwil dankt der Verwaltung im Namen der GPK. Es wird viel verlangt und viel geleistet. Wir hoffen, dass Zuversicht und Motivation trotz grosser Arbeitsbelastung nicht schwinden.

Michael Burri (GFL) referiert zur *Polizeidirektion*. Die GPK hat anlässlich ihres Verwaltungsbesuchs bei der Polizeidirektion vom 19. März folgende Themen/Bereiche vertieft angesprochen und dazu Fragen gestellt: Zusammenarbeit Stadtpolizei - Kantonspolizei nach erfolgter Genehmigung des Gerichtspolizeivertrages 1999 – 2001 durch den Grossen Rat, Umsetzung des Automatischen Büroinformationssystems ABI und des Rapportsystems KOBRA, die Zukunft des Nachrichtendienstes (seit 1.1.99 Informationsdienst) der Stadtpolizei (Abgeltung seitens Bund noch nicht definitiv geregelt), Botschaftsbewachungen durch die Armee, Parkkarten-Tagesbewilligungen (wird im Rahmen der Behandlung des Gebührenreglements im Rat diskutiert werden) und bereits realisierte und noch bevorstehende Änderungen bei der Sanitätspolizei.

Einige dieser Bereiche wurden im Rahmen der drei GPK-Delegationsbesuche zwischen Februar 1998 und Januar 1999 als Schwerpunkte vertieft:

- Am 13.2.98 besuchte die Delegation die neue Einsatzleitzentrale der Stadtpolizei (ELZ) in der Kaserne am Waisenhausplatz (Kredit von 11,375 Mio Franken, angenommen in der Volksabstimmung vom 25.9.94). Die Demonstration durch die Fachleute der Stadtpolizei vermochte den Referenten zu überzeugen, dass von den seinerzeit zur Verfügung stehenden Varianten mit Recht nicht die billigste gewählt worden ist. Andererseits vermochten Zweifel zur Frage, wieso die Stadt eine eigene ELZ braucht, die mit der ELZ des Kantons nicht kompatibel ist, nicht aus dem Weg geräumt werden. Umso mehr als im „Bund“ vom 27.3.98 stand, dass der Stabschef der Kantonspolizei bei der Einweihung der neuen ELZ der Stadtpolizei die Frage der Kompatibilität wiederum aufgeworfen hat. Es bleiben somit Fragezeichen. Es sind noch etwelche Synergie-Potentiale vorhanden, indem die ELZ der Feuerwehr und allenfalls auch diejenige der Sanitätspolizei der ELZ der Stadtpolizei angegliedert werden könnten, denn diese beiden ELZ sind veraltet und erneuerungsbedürftig. Der GPK wurde beim Besuch im März 99 ein Papier ausgehändigt, welches insgesamt 14 Zusammenarbeitsbereiche enthält, in denen eine vertiefte Zusammenarbeit Kantonspolizei - Stadtpolizei möglich wäre. Die entsprechenden Verhandlungen sind noch im Gang. Es ist möglich, dass die GPK diese Zusammenarbeit im August 1999 bei der Behandlung des Abstimmungsgeschäfts „Beitritt der Gemeinde Bern zum NW-CH Polizei-Konkordat“ wieder thematisiert.
- Beim zweiten Delegationsbesuch vom 19.6.98 wurde das Thema Sanitätspolizei eingehend besprochen. Anlass dazu war die neue Leitung unter Peter Salzgeber, der die GPK ausführlich über den Betrieb und seine Anliegen im Zusammenhang mit der Umbruchsituation in der Sanitätspolizei informierte. Dies betrifft erstens die Ausbildung der Mitarbeitenden der Sanitätspolizei. Eine Änderung besteht darin, dass die weiteren Subventionsträger, welche die Sanitätspolizei unterstützen, es sind dies der Kanton und die Krankenkassen nach Revision KVG, neuerdings verlangen, dass die Mitarbeitenden der Sanitätspolizei über einen anerkannten Abschluss als Rettungssanitäter/-sanitäterin des Schweiz. Interverbandes für Rettungswesen (IVR) verfügen müssen. Bisher erfolgte die Ausbildung in periodisch durchgeführten Rekrutenschulen. Diese Neuerung wurde frühzeitig angekündigt, es ist jedoch offenbar verpasst worden, entsprechend zu handeln, was dazu führte, dass der neue Leiter der Sanitätspolizei seine Leute innert kurzer Zeit

auf die Prüfungen vorbereiten musste. Das bewirkte einen relativ starken Druck auf die Mitarbeitenden. Es waren innert weniger Monate 520 Unterrichtsstunden zu absolvieren, was für Leute, die jahrelang nicht mehr die Schulbank gedrückt haben, eine ziemliche Belastung darstellte. Eine weitere mögliche Änderung bei der SanPo ergibt sich aus der Finanzlage. Im Finanzsanierungsplan 1999 – 2002 sieht der Gemeinderat als eine Massnahme vor, dass die SanPo in Zukunft eine ausgeglichene Rechnung vorweisen sollte, was zur Idee führte, einen „Rettungsdienst Region Bern“ (allenfalls in Form einer AG in öffentlichem Besitz) zu schaffen. Ein entsprechender Bericht vom 30.10.97, wurde den Delegationsmitgliedern ausgehändigt. Weiter wird auch die noch laufende Gesetzesrevision auf Kantonsebene (Spitalversorgungsgesetz) einen Einfluss auf die SanPo haben. Einen Einfluss auf den künftigen Kostendeckungsgrad der SanPo dürften auch deren Gebühren haben, worauf der Stadtrat bei der Beratung des Gebührenreglements Einfluss nehmen können wird.

- Der dritte Delegationsbesuch vom 15.1.99 war dem Reorganisationsprojekt APOLLO der Stadtpolizei gewidmet und bot Gelegenheit, den neuen Polizeikommandant-Stellvertreter (Nachfolger von Armin Amherd) Daniel Blumer zu begrüßen. Da in der GPK eine Orientierung über das Projekt APOLLO noch aussteht und gewisse Massnahmen im Zusammenhang mit APOLLO mit der Vorlage „Übergang von 6 Quartierwachen zu 3 Stützpunkten“ erst kürzlich im Rat diskutiert worden sind, verzichtet Michael Burri heute auf weitere Erläuterungen in dieser Sache.
- Ausblick: Bei ihrem nächsten Delegationsbesuch vom 18.6.99 wird sich die GPK-Delegation, die personell weitgehend identisch ist mit dem GPK-Ausschuss Drogenpolitik, unter Leitung des GPK-Präsidenten mit Polizeidirektor, Polizeiinspektor und dem Leiter der Fremdenpolizei zu einer Aussprache treffen.

Die Polizeidirektion verfügt neu über eine Geschäftsleitung, die sich aus dem Polizeidirektor und den ihm direkt unterstellten Chefbeamten zusammensetzt. Entsprechende Richtlinien vom 4.5.98 wurden den GPK-Mitgliedern übergeben. Darin wird auch die weibliche Form – Polizeidirektorin und Chefbeamtin – vorgesehen, was bei der Stadtpolizei Bern vorläufig noch Zukunftsmusik ist. Im Kanton Bern und in Kanton und Stadt Zürich gibt es sie jedoch bereits.

Der Referent schliesst seine Ausführungen mit einem grossen Dank an alle Mitarbeitenden der Polizeidirektion, insbesondere an diejenigen, welche infolge der Aktion CITRO einen erhöhten Arbeitsaufwand bewältigen mussten.

- Hier übernimmt der 1. Vizepräsident René Zimmermann den Vorsitz. -

Liselotte Lüscher (SP) betont, dass die Ausführungen von Heinz Rub zur Finanzdirektion zum Teil als persönliche Stellungnahme bezeichnet werden müssten, die in der GPK so nicht abgesprochen worden sind. Alle RGM-GPK-Mitglieder distanzieren sich klar davon, dass die GPK als Ganzes eine Gemeinderätin – die Finanzdirektorin – als inkompetent apostrophiert.

Fraktionserklärungen

Regula Keller (GB/JA!) dankt allen Beschäftigten der Stadt Bern, die mit ihrer Arbeit einen Beitrag an eine lebendige Stadt leisten, im Namen ihrer Fraktion bestens. Der Verwaltungsbericht enthält eine Auslegeordnung, und es ist an den Ratsmitgliedern, aus der Vielfalt Schwerpunkte und politische Akzente zu setzen.

Positiv war letztes Jahr, dass sich RGM und die Opposition am Runden Tisch mehrmals getroffen haben, dass Kompromisse gefunden und dank dem Runden Tisch dem Budget zugestimmt worden ist. Leider setzte nach und nach eine Absetzbewegung der Bürgerlichen ein. Das finden wir verantwortungslos. Das gehört wahrscheinlich wieder zur bekannten Obstruktionspolitik und dem gleichzeitigen Gejammer über RGM, wie wir dies in der Reitschuldebatte zur Genüge hören konnten. Zur Obstruktionspolitik gehört auch das heutige Votum von Heinz Rub zur Finanzdirektion. Regula Keller verbittet sich solch freche Töne gegenüber einer Gemeinderätin. - Das Reformprojekt NSB ist für uns ein weiterer wichtiger Punkt. Die Reformkommission ist an der Arbeit. Wir möchten diese Übung nicht abbrechen, sehen jedoch gewisse Gefahren in einer Managerisierung der Politik und einem Verschieben der po-

litischen Entscheidung von der Legislative zur Exekutive. Politische Akzente soll weiterhin der Stadtrat setzen können, was jedoch nicht heisst, dass der Rat weiterhin über jede weitere Kanalsanierungsetappe abstimmen muss. – Analog zu ihrer Fraktionserklärung zum Verwaltungsbericht 1997 stellt Regula Keller fest, dass die 2. Anlaufstelle – von uns als Forderung eingebracht und von der Ratsmehrheit unterstützt – immer noch nicht eröffnet worden ist. Sie wird durch Beschwerden blockiert. Wie wollen, dass die vier Säulen: Repression, Prävention, Therapie und Überlebenshilfe gleich gewichtet werden. Hoffentlich macht uns die Abstimmung vom nächsten Wochenende den Weg zu neuen Heroinabgabeplätzen in unserer Stadt frei. – Ein wichtiger Schritt ist die Planung Brünnen: Mit einem Freizeit- und Einkaufszentrum soll die Realisierung einer Wohnüberbauung gefördert werden. – Was uns am Verwaltungsbericht speziell interessiert, zeigen unsere schriftlich eingereichten Fragen. Das letzte Jahr war eher schwierig. Deshalb sind die Ergebnisse auch nicht optimal ausgefallen. In ein paar uns wichtigen Gebieten sind aber Verschlechterungen verhindert worden, in andern ist ein guter Weg eingeschlagen worden. Unsere Fraktion wird weiterhin mit konstruktiven Vorschlägen politisieren, und wir sind dankbar, wenn Gemeinderat und Parlament diese Vorschläge unterstützen.

Für die Fraktion GFL/EVP dankt *Ueli Stückelberger* (GFL) der Verwaltung für die im letzten Jahr geleistete Arbeit und den nicht immer leichten Umgang mit dem Parlament. Der Verwaltungsbericht ist umfassend, und soweit ersichtlich ist gute Arbeit geleistet worden. Wir beantragen dem Rat deshalb, den Verwaltungsbericht zu genehmigen.

Kritik angebracht ist in bezug auf die Behandlung von eingereichten Vorstössen. Zum Teil sind sie noch nicht behandelt worden, obschon die Fristen abgelaufen sind, zum Teil werden sie verspätet behandelt oder nur rudimentär beantwortet. Ein Beispiel ist die überwiesene Motion von Rudolf Käsermann aus dem Jahr 1979 betreffend Gestaltung und Nutzung der Kleinen Allmend. Ein weiterer Negativpunkt ist die Liegenschaftsverwaltung. Aus dem Verwaltungsbericht geht nicht hervor, dass es in der LV Probleme gibt, d.h. dass das Parlament aus dem Verwaltungsbericht nicht sehr viel lesen kann. Was der GPK-Präsident zu diesem Punkt ausgeführt hat, ist umfassend. Unserer Fraktion geht es nun nicht darum, Schuldige zu suchen, sondern darum, rasch Lösungen zu finden. Es ist wichtig, dass externe Fachleute beigezogen werden. Der Nutzen der Verwaltungsberichte bezüglich Beurteilung der Arbeit der Verwaltung ist für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier relativ klein. Es fehlen Zielsetzungen und es kann darin verschiedenes versteckt werden, wenn man dies will. Das Statistikbuch finden wir als Nachschlagewerk gut, es fehlt jedoch ein Direktvergleich zum Vorjahr und unter den Direktionen. Wir glauben deshalb, dass der Verwaltungsbericht als Kontrollinstrument für den Stadtrat im Plenum ungeeignet ist, d.h. nicht, dass es nicht nötig ist, den Bericht in der GPK zu behandeln, denn eine Prüfung der Verwaltung muss stattfinden. Unserer Ansicht reicht die Arbeit der GPK aber aus. Die Behandlung des Verwaltungsberichts bedeutet für das Parlament und die Verwaltung einen grossen Zeitaufwand. Überflüssig finden wir auch die schriftlich eingereichten Fragen und deren mündliche Beantwortung durch den Gemeinderat. Sie könnten via GPK gestellt und beantwortet und die entsprechenden Protokolle öffentlich gemacht werden.

Verbesserungsvorschläge:

- Den Verwaltungsbericht 1999 nur noch in der GPK behandeln, GPK macht weiterhin Verwaltungsbesuche, die Fragen werden via GPK an den Gemeinderat gestellt, der sie auf diesem Weg beantwortet. Dem Rat würde von der GPK eine Zusammenfassung, d.h. eine Würdigung des Verwaltungsberichts abgegeben.
- Die Fragen durch den Gemeinderat nur noch schriftlich beantworten.
- In Zukunft den Verwaltungsbericht auf die Ziele von NSB ausrichten, d.h. Bericht zu den Produkten und Indikatoren, alles andere stünde nur noch im Statistikbuch, plus Kurzausschnitt des Gesamtgemeinderats zu den Legislaturrichtlinien (Stand, welche Ziele wurden erreicht, welcher Weg wurde eingeschlagen, wie viele der Ziele können noch erreicht werden?)

Wir sehen somit NSB als Chance, damit der Rat zum Verwaltungsbericht in einer andern Form Stellung nehmen kann, nämlich anhand der Ziele, die der Rat dem Gemeinderat und der Verwaltung setzt.

Irène Marti Anliker für die SP-Fraktion: Die beiden grünen Büchlein sind es wert, sich mit ihnen auseinander zu setzen. Die Ratsmitglieder finden darin Angaben über Tendenzen, die in der Stadt stattfinden, über die Prioritätensetzung der Verwaltung, über die Politik des Gemeinderats und über die Arbeit des Stadtrats. Ein Vergleich der traditionellen Berichterstattung mit dem Jahresbericht NSB ist fast nicht mehr möglich, so unterschiedlich ist die Ausgangslage der NSB- oder Nicht-NSB-Verwaltungseinheiten. Sollte NSB einmal flächendeckend eingeführt sein, wird wahrscheinlich auch die jährliche Berichterstattung ein Gemisch der beiden heute vorliegenden Formen sein, um dem Parlament bei der Ausübung der Kontrolle zu dienen. Die SP-Fraktion ist jedoch der Meinung, dass es in der Übergangszeit sinnvoll wäre, den Verwaltungsbericht und den NSB-Jahresbericht zusammen zu traktandieren - als getrennte Broschüre, jedoch unter dem Titel: Berichterstattung des Gemeinderats an den Stadtrat. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die jährliche Debatte über das Vergangene nicht Leerlauf ist, sondern uns Gelegenheit gibt, zu reflektieren und vielleicht etwas zu lernen, was Ausgangslage für Veränderungen sein kann. Auch die Fragen sind kein Leerlauf. Die GPK erfüllt mit ihren Verwaltungsbesuchen zwar eine wichtige Aufgabe, jedes Ratsmitglied soll sich jedoch mit der Aufgabe der Kontrolle auseinandersetzen.

Der SP-Fraktion gibt eine gesellschaftliche Tendenz in der Stadt Bern speziell zu denken: Aus dem Verwaltungsbericht der FGD geht hervor, dass die Klienten und Klientinnen immer jünger werden, das Armutsrisiko verschiebt sich in Richtung Jugend und junge Familien. Die Politikerinnen und Politiker werden aufgefordert, sich zu dieser Tendenz Gedanken zu machen und zu prüfen, ob nicht Handlungsbedarf für eine neue städtische Familienpolitik besteht.

Mehr als 100 000 Überstunden sind Zeugnis unzumutbarer Personalengpässe. Es muss dringend etwas unternommen werden. Angesichts der Arbeitslosenzahlen sollte geprüft werden, ob die Arbeit nicht auf mehr Schultern verteilt werden sollte. Die Bemerkung von Heinz Rub, die Verwaltungsmitarbeitenden sollten in der Zeit, in der sie anwesend seien, effizienter arbeiten, ist den Angestellten der Stadt gegenüber respektlos. - Der Frauenanteil in den Kaderpositionen beträgt 0 bis 20%. Wer bei dieser Tatsache immer noch behauptet, die Fachstelle für Gleichstellung sei überflüssig, verschliesst die Augen vor tristen Tatsachen. - Bei der Berichterstattung der Polizeidirektion fehlen wichtige Fakten und Daten, um die Arbeit richtig einschätzen zu können. Die Polizeidirektion könnte sich am Bericht der Planungs- und Baudirektion ein Beispiel nehmen, der sehr gut und nachvollziehbar ist. - Ökologie/Ökonomie: Aus dem Verwaltungsbericht geht deutlich hervor, dass Regierung und Verwaltung in dieser Sache eine widersprüchliche Haltung einnehmen. Einerseits steht in den Ausführungen des AfUL, dass der MIV des Luftzustandes wegen reduziert werden sollte, andererseits wird in der PBD: *Das Ringen um ausreichende Parkplatzzahlen ...* als Hinderungsgrund für die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Bern beschwört. Es herrscht eine Krise, es ist wieder opportun geworden, Wirtschaft und Ökologie gegeneinander auszuspielen. Der Gemeinderat darf dies jedoch nicht tun. Die beiden Sachen sind aufeinander angewiesen und müssten sich ergänzen. - Zum Thema Stadtentwicklung wird der SP-Fraktion zwischen den Zeilen vorgeworfen, dass in Weyermannshaus Ost und West der von der SP geforderten Wohnanteile wegen nicht gebaut werde. Wir erinnern uns sehr wohl an die Verhandlungen in der PVK und im Rat. Damals hiess es, die Firma Tschokke sei bereit, bis jetzt sind die Bagger jedoch nicht aufgefahren. Die Investoren machen sich grundsätzliche Überlegungen, die Wohnanteilfrage steht hier nicht im Vordergrund.

Der Verwaltungsbericht gibt über vieles Auskunft, in einem Punkt ist er jedoch sehr intransparent, und zwar bezüglich der Fragen: Wer vertritt die Stadt in welchen Verwaltungsräten? Welche Aufgaben erfüllen diese Abgeordneten? Bezüglich Lehrlingswesen verdient der Gemeinderat viel Lob. Wir gratulieren zu neuen Lehrstellen und Weiterbildungsprogrammen. Wir sind froh über die Ausführungen der Schuldirektion zu bildungspolitischen Themen und zum 10. Schuljahr im besondern. Wir gratulieren der Polizeidirektion zum Projekt SPRINT und stellen dem Polizeidirektor die Frage, ob er im Grossen Rat diesbezüglich etwas zu unternehmen gedenke. Wir beglückwünschen den Gemeinderat zum Projekt Zufluchtsstadt - so kann auch die Stadt Bern Hoffnungszweige erblühen lassen.

Die SP-Fraktion dankt dem gesamten Personal der Stadtverwaltung für seine Arbeit und wünscht allen ein gutes 1999.

Für die Fraktion FDP referiert *Adrian Haas*. Wir finden den Verwaltungsbericht theoretisch ein gutes Instrument, um einen Einblick in die vielfältigen Tätigkeiten der Verwaltung zu gewinnen. Theorie und Praxis klaffen jedoch auseinander. Der Verwaltungsbericht Allgemeiner Teil inklusive Stadtkanzlei enthält eine Fülle von Informationen über Tätigkeiten des Gemeinderats und der Verwaltung, lässt jedoch kaum Schwerpunkte erkennen. Vergleicht man die Verwaltungsberichte der letzten Jahre, kann festgestellt werden, dass die Berichterstattung sehr oft als Ritual oder Pflichtübung verstanden wird, die von einzelnen Dienststellen und Abteilungen mit wenig Engagement schriftlich absolviert wird. Wir sehen wenig Sinn darin, diese Schreibübungen in dieser Form fortzusetzen, eine Berichterstattung über Schwerpunktthemen wäre sicher gewinnbringender. Auch gehen wir davon aus, dass diejenigen Dinge, die dem Stadtrat nicht gerne mitgeteilt werden, ohnehin keinen Eingang in den Verwaltungsbericht finden. Das ist menschlich durchaus verständlich, macht den Bericht jedoch nicht unbedingt wertvoller. Dazu kommt, dass über die sieben NSB-Projekte separat und anders berichtet wird. Ein vollständiges Bild über die Verwaltungstätigkeit wird nicht vermittelt. Wir möchten anregen, diesen alljährlichen Verwaltungsbericht als eine Art schwerpunktbezogenen Evaluationsbericht auszugestalten und die NSB-Abteilungen wieder miteinzubeziehen. Auch Selbstbeweihräucherungen mit dem traditionellen Evaluationsbericht, den wir jeweils im Vorfeld der Gemeindewahlen vorgelegt erhalten, würden überflüssig. Abschliessend dankt Adrian Haas der ganzen Stadtverwaltung im Namen der FDP-Fraktion für ihre grosse Arbeit und verteilt wie schon letztes Jahr eine Rose und einen Kaktus: Eine Rose gebührt dem Direktor der Stadtbetriebe für seine offene Haltung gegenüber dem Teddy Bärner, der mittlerweile zu einer grossen Touristenattraktion geworden ist und dafür, dass er sich sehr stark für die Sauberkeit in der Stadt Bern einsetzt, auch wenn ihm die Kehrichtsackgebühr immer wieder einen Strich durch die Rechnung macht. Einen Kaktus erhält die Finanzdirektorin, weil es ihr immer noch nicht gelungen ist, in der Liegenschaftsverwaltung Ordnung zu schaffen.

Für die SVP-Fraktion spricht *Rudolph Schweizer*. Unsere Fraktion sieht im Verwaltungsbericht 1998 auch Geschichtsschreibung, ist er doch ein Bericht über Vergangenes. Wir sollten aber mehr in die Zukunft schauen als in die Vergangenheit. Wir danken dem Stadtpräsidenten und der Präsidialdirektion für die geleistete Arbeit, bitten jedoch in Sachen Wirtschaftsförderung für den Standort Bern noch mehr zu tun. Auch das Wohnumfeld muss verbessert werden, damit die Stadtfucht gebremst und wieder gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahlende nach Bern gezogen werden können. - Zu den Stadtbetrieben deckt sich die Meinung der SVP-Fraktion mit den Ausführungen von Rudolph Schweizer als GPK-Sprecher. Wir danken Gemeinderat Neukomm für seine Anstrengungen. - Bei der Planungs- und Baudirektion ist erfreulich, dass 1998 in der Stadt Bern Bauprojekte für mehr als 108 Mio Franken realisiert werden konnten. Wir begrüssen es, dass in der PBD der Wille zu einer Verbesserung der Wohnqualität, der Realisierung von familienfreundlichem Wohnraum, zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen, zur Erhaltung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen vorhanden ist. Ein grosser Nachteil für die Stadt Bern wird sich jedoch ergeben, wenn die Anzahl der Parkplätze immer wieder beschränkt wird. Dadurch wird die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts und des Wohnstandorts drastisch weiter sinken, und die Investoren werden sich von Bern fernhalten. Bern wird zu einem Provinznest verkommen. - Wir begrüssen es, dass die beiden Sozialdienste Bern-Stadt und Bern-West in eine Organisation zusammengelegt worden sind. Wir hoffen, dass mit dieser Massnahme – sobald die wirtschaftliche Lage verbessert und die finanziell schwierigen Fälle rückläufig geworden sind -, Stellen und Kosten eingespart werden können. Mit grossem Schrecken mussten wir feststellen, dass der Nettoaufwand der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion 139 Mio Franken beträgt, die Fürsorgeaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 0,9% angestiegen, die Einnahmen um 16,18% abgenommen haben und bei der Alimentenbevorschussung Fr. 2 259 606.10 ungedeckt geblieben sind. - Bei der Schuldirektion finden wir es schade, dass am Feriensportlager in Fiesch zwar sehr rege teilgenommen wird, dass aber leider die Finanzen nicht ausreichen. Die SVP-Fraktion bittet die Bevölkerung und die Berner Firmen, solche wichtigen Institutionen zu unterstützen, damit sie weiterbestehen können. Mit Besorgnis stellen wir fest, dass sich in Sporteinrichtungen Diebstähle häufen und dumme Bubenscherze wie Anzünden von Schuhen und Kleidern in Garderoben verübt werden. - Bei der

Polizeidirektion richten wir unser Augenmerk auf die Zukunft, dass mit APOLLO, Task Force usw. viel Positives geleistet wird. – Das grösste Problem hat die SVP-Fraktion mit der Finanzdirektion. Sie macht uns sehr grosse Sorgen, vor allem die Liegenschaftsverwaltung, die heute noch in einem desolaten Zustand ist. Dieser Tage ist Rudolph Schweizer ein Dokument zugespielt worden, das er mit der Finanzdirektorin besprechen wird. So geht es nicht! Es darf nicht sein, dass eine Mieterschaft eines Mehrfamilienhauses eines Umbaus wegen eine Mietzinserhöhung bezahlen soll, ohne dass geprüft worden ist, ob die Wertvermehrung tatsächlich 30% beträgt und indem vom alten Hypothekarzinsatz von 5,5% ausgegangen wurde, anstatt den Mietzins zuerst den heute üblichen 3,75% anzupassen. Wir glauben, dass die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Bern jährlich zwischen 5 bis 7 Mio Franken Verluste bringt.

Abschliessend dankt jedoch auch Rudolph Schweizer allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Bern für die im Jahr 1998 geleistete Arbeit, speziell auch den Mitarbeitenden des Strasseninspektorats, die für die Sauberkeit in unserer Stadt sorgen.

Einzelvotum

Peter Sigerist (GB) bezeichnet den GPK-Minderheitssprecher als vermeintlichen und eingebildeten Helden des heutigen Nachmittags. Oft korrelieren Ton und Form mit dem Inhalt eines Votums. Solche Beschuldigungen an die Adresse der Liegenschaftsverwaltung und der Finanzdirektorin, ohne einen problemlösungsadäquaten Vorschlag zu unterbreiten, dürfen nicht unerwidert bleiben. Hatte die GPK im Zeitpunkt der Pressemitteilung Kenntnis von den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Massnahmen und der Aufgabenstellung der Task Force Liegenschaftsverwaltung? Die GPK hatte Kenntnis von diesen Massnahmen und wusste, dass sich der Gemeinderat der Problematik in der Liegenschaftsverwaltung bewusst war und adäquate Problemlösungen vorgeschlagen hat. Trotzdem meinte die GPK, sie müsse einen fulminanten Angriff auf den Gemeinderat starten und von Inkompetenz sprechen. Es handelt sich um die gleichen Kollegen, welche die Chefin dieser Task Force abgewählt haben, ob schon alle, welche wissen, wie die Verwaltung läuft, überzeugt sind, dass diese Frau kompetent ist. Es sind die gleichen Männer, die sich in der Öffentlichkeit über die Qualitäten dieser Chefin der Task Force äussern. Wir kennen diese Geschichte. Die gleiche Suppe soll nochmals aufgekocht werden. Dies trägt zur Problemlösung nichts bei. Es wird nur ein Spiel betrieben.

Konrad Bossart (CVP), GPK-Präsident, bestätigt, dass das Votum von Heinz Rub mit der GPK nicht abgesprochen worden ist und dass Heinz Rub in seinen Ausführungen persönliche Ansichten geäussert hat. Es stimmt jedoch auch, dass in der Liegenschaftsverwaltung seit Jahren grosse Probleme bestehen und dass wir jedes Jahr wieder auf das nächste Jahr vertröstet werden. Die Probleme müssen endlich gelöst werden. Es stimmt auch, dass der Rat der Anschaffung eines EDV-Systems zugestimmt hat, das der GPK als eine der Lösungen für die Probleme verkauft worden ist. Es ist Konrad Bossart X Mal versichert worden, dass das System fundiert geprüft worden sei. Nun wird diese EDV-Anlage nach eineinhalb Jahren als einer der Gründe für die immer noch desolante Situation in der Liegenschaftsverwaltung vorgebracht. Auch Konrad Bossart distanziert sich von den persönlichen Ansichten von Heinz Rub, es darf jedoch nicht vergessen werden, dass er viele Tatsachen erwähnt hat. Die GPK wird Mitte Juni mit der Finanzdirektorin diskutieren und erwartet von ihr Vorschläge zur Problemlösung. Die GPK schlägt vor, dass ein externer Berater beigezogen wird, jemand der noch nicht involviert war. Wir hoffen, dass eine Lösung gefunden wird, mit der sich auch die GPK einverstanden erklären kann.

Stellungnahme des Gemeinderats

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* dankt der GPK für ihre Berichterstattung und für die geleistete Arbeit. Er geht davon aus, dass die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in der Detailberatung zu den ihre Direktion betreffenden Fragen Stellung nehmen werden. Er dankt Konrad Bossart für seine sachlichen Worte. Es ist der Finanzdirektorin und dem Gemeinde-

rat bewusst, dass die Probleme in der Liegenschaftsverwaltung gelöst werden müssen. Sie sollten jedoch sachlich und nicht übermässig emotional angegangen werden.

Auch Finanzdirektorin *Therese Frösch* dankt Konrad Bossart für seine sachlichen Worte. Die Finanzdirektion war immer sehr offen. Die Anschuldigungen unter der Gürtellinie enttäuschen sie sehr. Heinz Rub sind alle Berichte ausgehändigt worden. Die EDV-Probleme und die Personalprobleme waren nicht voraussehbar. Jetzt wird Dampf aufgesetzt, die Crew ist bereit. Dass die Altlasten nicht früher abgegrenzt worden sind, bezeichnet die Finanzdirektorin als Fehler von ihr. Im Nachhinein bedauert sie, dass sie nicht mehr Stellen beantragt hat. Schon vor dreissig Jahren hat ein Ratsmitglied festgestellt, die Liegenschaftsverwaltung sei ein Schlamassel, und ein ehemaliges FIKO-Mitglied hat bestätigt, dass die FIKO schon immer Verbesserungen gefordert hat, vor allem bezüglich Mietzinsprobleme. Gemeinderätin Frösch bittet den Rat, der Finanzdirektion eine Chance zu geben, diese Probleme nun raschmöglichst zu lösen. Mängel und Pendenzen sind im Bericht des Finanzinspektorats dokumentiert, und es ist richtig, dass der Finanzinspektor die Fondsrechnung zurückgewiesen hat. Ferner liegen ein Bericht eines externen Fachexperten zum EDV-System und zum Rechnungswesen und zwei Berichte der Finanzdirektion an den Gemeinderat vor. GPK – an dieser Orientierung wird auch der externe Fachexperte anwesend sein - und FIKO werden in den nächsten Wochen mündlich informiert. Der Gemeinderat hat die Finanzdirektion beauftragt, diese Kommissionen laufend zu informieren. Ziel 1999 ist ein selbständiger und erfolgreicher Rechnungsabschluss. Es wurden zwei Fachexperten beigezogen, und das Finanzinspektorat unterstützt die Finanzdirektion tatkräftig. Zuständig für Koordination, Auftragserteilung gemäss den Beschlüssen der Geschäftsleitung und Terminkontrolle ist Theres Giger, Adjunktin der Liegenschaftsverwaltung. Der Gemeinderat hat für 1999 einen Nachkredit von 72'000 Franken bewilligt (auf ein Jahr befristete Anstellung von zusätzlichem Personal). Für das Jahr 2000 sind weitere befristete Anstellungen vorgesehen. Die entsprechenden Kosten sind im Budget enthalten. Eine regelmässige Information aller politischen Instanzen und der Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik ist beschlossen worden. Gestern konnten die ersten 250 Heiz- und Nebenkostenabrechnungen für 1997/1998 verschickt werden.

GPK und Rat sind in bezug auf die EDV-Anschaffung nicht falsch informiert worden. Der Vorwurf geht an die Lieferfirma. Das System funktioniert heute zu 85%. Wir verzichten in Zukunft auf den Namen Task Force und benennen das Organ Projektunternehmung LV. Wir sind bereit, unser Bestes zu geben. Die GPK hat einen Bericht über Projekte, Aufgabenteilung und Prioritäten verlangt. Dieser Bericht wird fristgerecht geliefert. Heinz Rub hat mit seinem Votum ein Urteil über ein Projekt im voraus gefällt. Das ist schade, denn wir möchten die Chance wahrnehmen. Nach Meinung der Finanzdirektorin dürfen im Rat keine Details zu Fällen des Mietamts preisgegeben werden, wie dies Rudolph Schweizer getan hat.

Konrad Bossart (CVP) hält der Finanzdirektorin entgegen, sie weise immer wieder auf Altlasten hin. Auch dies ist kein politischer Stil. Als GPK-Referent zur Kreditvorlage EDV-Anschaffung für die Liegenschaftsverwaltung wurde ihm X Mal versichert, das System sei sehr gut evaluiert worden. Ein GPK-Sprecher/eine GPK-Sprecherin muss auf die Aussagen der Verwaltung vertrauen können. Ist dieses Vertrauen gestört, müssen Massnahmen ergriffen werden.

Thomas Fuchs (JSVP) meint, es sei schwierig, sachlich zu bleiben, und die Finanzdirektorin habe den ersten Preis als Schönrednerin verdient. Vor 15 Jahren gab es z.B. noch keine FIKO, d.h. die Finanzdirektorin erzählte erneut eine Lügengeschichte.

Rudolph Schweizer (SVP) findet, es sei seine Pflicht, die Mitglieder des Parlaments über Missstände aufzuklären. Die Verhandlungen auf dem Mietamt sind öffentlich. Die Liegenschaftsverwaltung wird unprofessionell geführt. Auch die Leiterin der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann arbeitet auf dem Mietamt. Rudolph Schweizer ist froh, dass die Finanzdirektorin nicht auf dem Mietamt arbeitet.

Der *Stadtpräsident* bedauert, dass dieser Schlagabtausch langsam in eine Schlammschlacht ausarte. Das hilft uns nicht weiter. Die Finanzdirektorin wurde in den Gemeinderat gewählt, als es eine GPK und eine FIKO gab. Der Stadtpräsident weist die Anschuldigung von Thomas Fuchs, die Finanzdirektorin erzähle Lügengeschichten, zurück. Rudolph Schweizer entgegnet er, der Gemeinderat sei der Frage nachgegangen, ob sich gewisse berufliche und politische Tätigkeiten mit der Tätigkeit im Mietamt vereinbaren lassen und habe bei niemandem feststellen müssen, dass die Tätigkeiten nicht miteinander vereinbar sind. Das Mietamt ist eine Schlichtungsstelle und etwas wie eine erste richterliche Beurteilungsinstanz. Er wird sich erkundigen, wo die Grenzen zu ziehen sind. Ein Mietamt ist darauf angewiesen, dass Leute mitarbeiten, die etwas von der Materie verstehen.

Die Frage, wie der Verwaltungsbericht/Evaluationsbericht zu gestalten sei, ob er umfunktio- niert und ihm andere Gehalte gegeben werden sollen, wird seit langem diskutiert. Zur Re- chenschaftsablegung in irgend einer Form sind wir verpflichtet, und das wird immer Ge- schichtsschreibung sein. Mit dem Jahresbericht zu den Piloten möchten wir eine neue Form finden, die es uns erlaubt, auch Evaluationstatbestände aufzunehmen. Im Rahmen von NSB werden wir Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren. Auch im Bericht der Reformkonfe- renz wird dazu Stellung bezogen. Der Stadtpräsident ist froh, wenn auch die FDP-Fraktion über die zuständigen Gremien mitdenken hilft. - Rudolph Schweizer bittet er aufzuzeigen, wo er Mängel in der Wirtschaftsförderung sieht, denn beim Besuch der GPK auf dem Wirt- schaftsamt sind keine Kritiken geäußert worden. Das Wirtschaftsamt macht sehr viel und wird von der Wirtschaft anerkannt. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass das Wirt- schaftsamt nicht allein das wirtschaftliche Geschehen bestimmt, sondern ein „Mitspieler“ ist. Der wichtigste Mitspieler ist die Wirtschaft. Bezüglich Arbeitsräume hat das Wirtschaftsamt sehr viel getan und Transparenz hergestellt.

Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen

Allgemeiner Teil

Stadtkanzlei

Seiten 17/19

Frage der SVP-Fraktion

Geschäftskontrollsystem openGEKO: Besteht die Absicht, die Geschäfts- kontrolle und die SSSB den Mitgliedern des Stadtrats zugänglich zu ma- chen?

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Die Systematische Sammlung des Stadtrechts (SSSB) ist seit Mai 1999 auf dem Intranet der Stadtverwaltung verfügbar. Selbstverständlich ist vor- gesehen, die Sammlung auch weiteren Interessierten via Internet zur Verfügung zu stellen. Dies wird voraussichtlich anfangs 2000 der Fall sein.

Das in der Stadtkanzlei eingeführte Geschäftsordinationssystem ist ein komplexes EDV- Programm, das die gesamte Geschäftskontrolle des Stadtrats, des Gemeinderats und der Stadtkanzlei sowie ein Dokumentenmanagementsystem beinhaltet. Abgebildet werden auch interne Abläufe, die Aussenstehenden keinen Nutzen bringen. Es handelt sich somit um ein verwaltungsinternes Arbeitsinstrument. Den Stadtratsmitgliedern den Zugriff zu ermöglichen (z.B. im Dokumentationsraum) ist nicht beabsichtigt. Hingegen prüft die Stadtkanzlei im Rahmen des Internet-Auftritts, welche Dokumente über Internet zugänglich gemacht werden können, z.B. Stadtratsbeschlüsse, Stadtratsprotokolle, Gemeindebeschlüsse usw. Wann welche Daten zur Verfügung stehen werden, hängt nicht zuletzt von den finanziellen Mög- lichkeiten ab.

Präsidialdirektion

Einleitung

Seiten 22 – 24 *Frage der SVP-Fraktion*

Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die im Bericht ausführlich beschriebene Regierungsreform mit dem übergeordneten Gesetz übereinstimmt?

Stadtpräsident: Bei der Regierungsreform überprüft der Gemeinderat insbesondere die Aufbau- und Ablauforganisation der Exekutive, d.h. die Entscheidungs- und Geschäftsabläufe seiner Arbeit und in der Verwaltung. Ziel ist es, durch eine Eliminierung von Doppelspurigkeiten, durch klare Regelung von Verantwortlichkeiten und durch eine ausgewogene Aufgabenverteilung die Voraussetzungen für ein effizientes und effektives Regieren zu verbessern. Im Vordergrund stehen somit Fragen der Organisation von Regierung und Verwaltung. Gemäss neuer Gemeindeordnung fällt die Regelung dieser Fragen in die Zuständigkeit des Gemeinderats. Selbstverständlich achtet der Gemeinderat aber darauf, dass alle mit der Regierungsreform getroffenen Massnahmen mit dem übergeordneten Recht übereinstimmen. Zudem wird auch auf eine optimale Koordination mit den andern Reformprojekten des Stadtrats (Reformkonferenz) und der Verwaltung (NSB) geachtet. Es ist uns auch bewusst, dass z.B. die Einführung von NSB auch im kantonalen Recht die nötigen Voraussetzungen haben muss.

Seite 24 *Frage von Adrian Haas (FDP)*

Wann und bei welcher Gelegenheit präsentiert der Gemeinderat „Vorschläge zum Budgetausgleich bis Mitte 1999“?

Stadtpräsident: Wie die Finanzdirektion in ihrer Einleitung des Verwaltungsberichts schreibt, hat der Gemeinderat eine umfassende Überprüfung aller Aufgabenbereiche eingeleitet. Es geht darum, zusätzlich zu den am runden Tisch beschlossenen Sparmassnahmen weitere Sparmöglichkeiten zu eruieren. Die sogenannte Portfolioanalyse ist wie die Regierungsreform ein Projekt, das direkt vom Gemeinderat geleitet wird. Die Grundlagen sind mittlerweile erarbeitet, aber da sich der Gemeinderat entschlossen hat, in mehreren Klausursitzungen alle Aufgaben selbst auf ein mögliches Sparpotential zu analysieren, ist der Zeithorizont für das Projekt verlängert worden. Konkrete Ergebnisse erwartet der Gemeinderat im vierten Quartal dieses Jahres.

Seite 25 *Frage der SP-Fraktion*

Stadion Wankdorf („Planung abgeschlossen – Wettbewerb juriert“). Stimmt diese Aussage noch?

Stadtpräsident: Ja, seit 8. Juni stimmt sie wieder. Wie der Presse entnommen werden konnte, ist das Projekt nochmals überarbeitet und in einer zweiten Runde ein definitives Projekt erkoren worden.

Seite 29 *Fragen der SVP-Fraktion*

Zusammenarbeit mit der IKUR: Weshalb bezeichnet der Gemeinderat die IKUR als Sonderfall und schreibt, dass Massnahmen und Eingriffe von behördlicher Seite deshalb immer im gesamtstädtischen Kontext und mit der nötigen Sensibilität angegangen werden sollten? Gilt dieser Grundsatz für die übrige Verwaltungstätigkeit nicht?

Stadtpräsident: Selbstverständlich gelten die Grundsätze für alle Bereiche der Verwaltungstätigkeit, dass Massnahmen und Eingriffe von behördlicher Seite immer im gesamtstädtischen Kontext und mit der nötigen Sensibilität angegangen werden müssen. Was unter Sonderfall IKUR zu verstehen ist, sollte eigentlich aus dem Verwaltungsbericht ersichtlich sein. Was in den achtziger Jahren konfliktbeladen begonnen hat, hat sich immer mehr zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der IKUR und den Behörden entwickelt. Da-

bei sind beide Seiten, die IKUR und der Gemeinderat, einander entgegengekommen. Während die IKUR die Forderungen des Gemeinderats erfüllt hat, zeigten auch die Behörden mehr Verständnis für unkonventionelle und unorthodoxe Organisations- und Betriebsformen. Zu diesem Verhältnis gilt es Sorge zu tragen, um nicht unnötigerweise in die ehemaligen destruktiven Umgangsformen zurückzufallen. Der Gemeinderat steht zum heutigen Betrieb in der Reitschule, insbesondere deshalb, weil an diesem für Bern wichtigen Ort eindrucksvolle kulturelle und soziale Leistungen erbracht werden. Sonderfall möchte der Gemeinderat jedoch nicht so verstanden wissen, als dass er der IKUR Sonderrechte zugesteht. Aber ein besonderes Phänomen ist es in der Stadt Bern, wie z.B. gewisse Erscheinungen in der SVP auch als besonders betrachtet werden.

Seite 34

Frage der SVP-Fraktion

Steuerung und Controlling der NSB-Pilotprojekte: Als Steuerungsinstrument werden sog. Trimesterberichte herangezogen. Liegen diese nicht quer in der Landschaft? Wäre es nicht sinnvoller, mit monatlichen Betriebszahlen des Rechnungswesens zu arbeiten?

Stadtpräsident: Die Trimesterberichte sind Controllingberichte zuhanden des Gemeinderats. Sie werden jeweils vom Steuerungsdienst des Gemeinderats ausgewertet. Der Steuerungsdienst unterbreitet dem Gemeinderat Vorschläge für Korrekturmassnahmen, falls dieser feststellt, dass in einzelnen Produktgruppen bedeutende Abweichungen von den Vorgaben vorliegen und es deshalb der politischen Umsteuerung bedarf. Trimesterberichte sind somit ein Führungsinstrument des Gemeinderats. Sie genügen als Controllinginstrumente nicht, um auf Stufe Verwaltung die operative Führung zu gewährleisten. Hierzu braucht es kurzfristigere Instrumente, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der Abteilungen ausgerichtet sein müssen. Solche Instrumente sind zu einem grossen Teil schon vorhanden oder werden gegenwärtig entwickelt.

Abteilung Kulturelles

Seite 36

Frage der SP-Fraktion

Aus den Controllingberichten geht hervor, „dass in den Bereichen Publikumsstruktur, Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchsförderung generell grosser Handlungsbedarf herrscht.“ Wie gedenkt der Gemeinderat diesen Handlungsbedarf aufzunehmen, welche Massnahmen sind geplant?

Stadtpräsident: Der jährliche Controllingbericht ist in erster Linie als Werkzeug für die Kulturinstitutionen selbst gedacht. Mit ihm sollen die Erfolge der Institutionen gewürdigt werden, aber auch die Schwierigkeiten transparent gemacht und aufgezeigt werden, wo die Institutionen im folgenden Jahr aktiv werden müssen. Der im Jahresbericht erwähnte Handlungsbedarf betrifft somit die Kulturinstitutionen und nicht den Gemeinderat. Konkret geht es darum, dass die Institutionen Verbesserungen in der Nachwuchsförderung und der Öffentlichkeitsarbeit erzielen müssen und dass die Publikumsstruktur überprüft werden muss, da z.B. das Stammpublikum zum Teil überaltert ist. Man möchte mehr junge Leute dafür gewinnen. Der Gemeinderat hat seinen eigenen allfälligen Handlungsbedarf jeweils vor der Erneuerung der Subventionsverträge mit den Institutionen festzulegen.

Denkmalpflege

Seite 38

Frage von Annemarie Lehmann und Christoph Stalder (FDP)

Im Bericht der Denkmalpflege vermisst man – wie schon in den vergangenen Jahren – Ausführungen zur Verunstaltung der Altstadt durch Sprayereien. Stellen diese aus denkmalpflegerischer Sicht kein Problem dar?

Stadtpräsident: Die Sprayereien bedeuten aus denkmalpflegerischer Sicht eine massive Verunstaltung sowohl der Altstadt wie auch der Aussenquartiere. Sie sind Ausdruck einer individualistischen Rücksichtslosigkeit von Einzelnen gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den einzelnen Eigentümerschaften. Bei den Sprayereien handelt es sich aber zuerst einmal um ein gesellschaftliches Problem. Die Denkmalpflege hat kaum Möglichkeiten, auf

dieses Phänomen einzuwirken. Die Feststellung von Täterschaften ist Sache der Polizei und das Aussprechen von Strafen ist Sache der gerichtlichen Behörden. Die Polizei meint, es sei ausserordentlich schwierig, diesen Täterschaften habhaft zu werden. Inwieweit härtere Strafen, als in der Regel festgesetzt werden, abschreckende Wirkung erzielen würden, kann unterschiedlich beurteilt werden. Unbestritten ist aber, dass den Erziehenden, d.h. den Eltern und den Schulen, vor allem im Bereich der Prävention, grosse Bedeutung zukommt. Die Denkmalpflege kann lediglich bei der Beseitigung von Sprayereien beratend tätig werden. Sie übernimmt diese Beratung, und zwar gegenüber öffentlichen wie auch gegenüber privaten Eigentümerschaften. Für gestrichene Flächen – und dies betrifft die grosse Mehrheit der betroffenen Fassadenteile – empfiehlt sie die unverzügliche Beseitigung. Und zwar durch Überstreichen in exakt gleichem Farbton und Farbsystem wie der bestehende Untergrund. Ferner kann bekanntlich eine solche Übermalung auch beim Strasseninspektorat angefordert werden. Für Sandsteinflächen hat die Denkmalpflege ein eigenes System entwickelt, das ohne substanzschädigendes Abschleifen auskommt und eine Farbretoche ohne bauphysikalische Schäden ermöglicht.

Die Sitzung wird um 16.30 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats:

Der Präsident: *Rolf Häberli*

Der 1. Vizepräsident: *René Zimmermann*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*